

Künftig sollen bei Wahlen die Personen im Mittelpunkt stehen

Die Regierung lehnt die Majorzinitiative ab und legt einen Gegenvorschlag auf den Tisch.

Jürg Auf der Maur

Mehr als 2000 Personen unterschrieben die Majorzinitiative. Sie wurde im Juli 2021 eingereicht und hat zum Ziel, der «Päcklipolitik» ein Ende zu setzen. «Die Wahlen würden transparenter, gerechter und demokratischer werden. Ausserdem würde das Wählen für alle viel einfacher», betonte Dominik Blunschy (Die Mitte Schwyz) als treibende Kraft des Initiativkomitees am Tag der Eingabe.

Jetzt sagt die Regierung, was sie über das Vorhaben denkt und wie es weitergehen soll: Bei Majorzwahlen im Kanton Schwyz sollen künftig keine verschiedenen Wahllisten mehr verschickt werden, um das Zusammenhängen von Parteien zu unterbinden. Die Regierung kommt damit dem Anliegen der Initiative mit einem Gegenvorschlag nach.

Die überparteiliche Initiative «Ja zu gerechten Majorzwahlen – Schluss mit Parteipäckli» (Majorzinitiative) verlangte konkret, dass bei den Mehrheitswahlen Personen und nicht Parteien im Vordergrund stünden. Gemeinsame Listen solle es keine mehr geben, damit die Wahlen künftig wieder gerechter und spannender würden.

Nein zur Initiative, wird dafür mit Gegenvorschlag präsentiert

Der Schwyzer Regierungsrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, wie er gestern in seinem Bericht und Antrag ans Parlament festhielt. Weil er aber die Stossrichtung der Initiative unterstützte, präsentierte er einen Gegenvorschlag.

Die Initiative besteht aus zwei Teilen. Zum einen sollen künftig die Stimmberechtigten nur noch einen Wahlzettel erhalten, auf dem alle gül-



Staatschreiber Mathias Brun (Mitte) nahm die Unterschriften von Vertretern des Initiativkomitees entgegen (von links): Luka Markić (SP), Franz-Xaver Risi (Mitte), Christoph Räber (FDP), Mathias Bachmann (Mitte), Dominik Blunschy (Mitte), Markus Ming (GLP) und Lorenz Ilg (GLP).

Bild: PD

«Die Wahlen würden transparenter.»

Dominik Blunschy
Kantonsrat, Die Mitte Schwyz

tig vorgeschlagenen Personen in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet seien. Gewählt werden diese durch Ankreuzen. Diesen Teil unterstützt auch die Regierung in ihrem Gegenvorschlag.

Das absolute Mehr soll bleiben, wie es ist

Zum ändern wollten die Initianten aber auch das absolute Mehr neu berechnen und künftig leere und ungültige Stimmen wieder miteinbeziehen. Diesen Teil lehnt die Regierung ab.

Die Berechnungsmethode würde zu einem höheren absoluten Mehr und da-

mit zu mehr zweiten Wahlgängen führen, was mit zusätzlichem Aufwand und einer erschwerten Kandidatensuche verbunden wäre, schreibt die Regierung. Zudem sollen stille Wahlen neu bereits im ersten Wahlgang zulässig sein, dies jedoch nur bei Ersatzwahlen.

Was die Initianten vom Gegenvorschlag halten, wollte Dominik Blunschy gestern nicht kommentieren. «Wir werden den Bericht nun prüfen und dann an einer Komiteesitzung das weitere Vorgehen besprechen», erklärte er auf Anfrage des «Boten der Urschweiz».